

Niederschrift über die öffentliche Sitzung

Nr. 11/2014

des Gemeinderates von Wartmannsroth am Donnerstag, den 03.07.2014
im Sitzungssaal in Wartmannsroth

Anwesend sind:

vom Gremium:

Erster Bürgermeister Jürgen Karle	(Vorsitzender)
Zweiter Bürgermeister Roland Brönnner	
Christian Kohlhepp	
Joachim Lutz	
Astrid Mützel	
Stefan Schottdorf	
Frank Diemer	
Sebastian Fella	
Lothar Haas	
Markus Kurz	
Hubert Roth	
Marcus Scholz	ab TOP 2
Gabriel Vogt	
Michael Zeller	

entschuldigt:

Herbert Aul

von der Verwaltung:

anwesend:

Daniel Görke	(Schriftführer)
--------------	-----------------

Zu Beginn der Sitzung stellt der erste Bürgermeister fest, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Die Beschlussfähigkeit ist damit gegeben. Ratsmitglied Marcus Scholz lässt ausrichten, dass er sich verspätet. Bürgermeister Karle stellt den Antrag die Tagesordnungspunkte 3 und 6 in der Reihenfolge zu tauschen. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

1. Antrag auf Genehmigung der Überbauung der bestehenden Außentreppe auf dem Grundstück FINr. 31, Gemarkung Waizenbach

Die bestehende Außentreppe am Wohnhaus soll mit einem Windfang überbaut werden. Das Grundstück liegt im Innenbereich in einem Mischgebiet nach BauNVO. Die Erschließung ist gesichert.

Beschluss:

Der Gemeinderat von Wartmannsroth erteilt sein Einvernehmen zum Antrag auf Genehmigung der Überbauung der bestehenden Außentreppe auf dem Grundstück FINr. 31, Gemarkung Waizenbach.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

2. Abschluss eines Kooperationsvertrages mit der Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi) gemeinnützige GmbH zur Durchführung der verlängerten Mittagsbetreuung an der Grundschule Dittlofsroda Dittlofsrofa

Für das Schuljahr 2014/2015 hat die gfi einen neuen Vertrag zur Mittagsbetreuung vorgelegt. Im nächsten Betreuungsjahr wird es zwei Gruppen geben, da 24 Schüler in der Mittagsbetreuung angemeldet sind.

Die Kalkulation zum Kooperationsvertrag stellt sich wie folgt dar:

Kosten für zwei Gruppen:

Personalkosten für 3 Fachkräfte	46.400.00 Euro
Verwaltungskostenpauschale	8.000.00 Euro
Gesamtkosten	54.400.00 Euro

Finanzierung:

Förderung Regierung von Unterfranken	18.000.00 Euro
Elternbeiträge – je Schüler 70.00 € mtl.-	18.480.00 Euro
Fehlbetrag	17.920.00 Euro

Der Fehlbetrag erhöht sich um 1.660,00 € im Vergleich zum Schuljahr 2013/2014.

Der Gemeinderat befürwortet die weitere Subventionierung der Einrichtung grundsätzlich und auch eine Übernahme des aktuellen Fehlbetrags. Allerdings sollte für die sowohl über eine Umstellung des bisherigen Finanzierungsmodells auf abgestufte Beiträge als auch über eine Beitragsanhebung im Allgemeinen nachgedacht werden.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt den Abschluss des Kooperationsvertrages mit der Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration gfi Schweinfurt zur Durchführung einer verlängerten Mittagsbetreuung im Schuljahr 2014/2015 an der Grundschule in Dittlofsroda. Der Fehlbetrag in Höhe von 17.920,00 Euro wird von der Gemeinde übernommen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

6. Öffentliche Feld- und Waldwege in der Gemeinde Wartmannsroth. Zukünftige Organisation des Unterhalts.

Das Thema wurde schon im vorherigen Gemeinderat beraten, jedoch nicht abschließend. Grund für die Beratung war die nicht einheitlich festgelegte Wegebauförderung an die Jagdgenossenschaften.

Sachstand: In der Gemeinde Wartmannsroth werden die öffentlichen Feld- und Waldwege (öFWw) weitestgehend von den Jagdgenossenschaften unterhalten. Dies hat sich in der Vergangenheit bewährt und funktioniert im Prinzip auch heute noch sehr gut. Einziges Manko ist die Beteiligung bzw. Bezuschussung der einzelnen Maßnahmen durch die Gemeinde. Hier existiert keine einheitliche Regelung, so dass der Gemeinderat immer wieder neu entscheiden muss und es keine Grundlage gibt, auf die Bezug genommen werden könnte.

Der gemeindliche Jagdschilling wird generell den Jagdgenossenschaften überlassen. Tatsache ist ebenfalls, dass die Jagdgenossenschaften keinerlei Verpflichtung zur Übernahme des Wegebaus haben. Bei einer gemeinsamen Besprechung zwischen Bürgermeister und Jagdvorstehern wurde von diesen der Wunsch geäußert, dass der Wegeunterhalt weiterhin in der Hand der Jagdgenossenschaften bleiben solle.

Bisher stand für eine Grundlage der gemeindlichen Förderung der Vorschlag im Raum in Absprache mit den Jagdgenossenschaften zunächst das Netz der ausgebauten Wege genau zu definieren und hieraus die zu unterhalten Wegekilometer für jede Gemarkung zu ermitteln. Aus den Jagdschillingsanteilen der Gemeinde soll dann ein Fördertopf gebildet werden, der von der Gemeinde noch zusätzlich aufgestockt wird. Der Wegebau läge weiterhin in der Hand der Jagdgenossenschaften und würde künftig pauschal mit einem festen Satz pro Kilometer aus dem Fördertopf subventioniert.

Dieses Verfahren wurde auch den Jagdgenossen vorgestellt, konnte jedoch nicht vollends überzeugen. Hinzu kommt, dass das Verfahren sehr aufwendig in der Durchführung ist, da hierbei alle Wege aufgelistet und die Zuständigkeiten und Eigentumsverhältnisse geklärt werden müssen.

Eine Alternative hierzu wäre es im Grunde alles so zu belassen wie es ist und die Wegebaumaßnahmen künftig generell zu bezuschussen, z.B. mit 20 - 25 %. Die klassischen Waldwege, die ausschließlich der Holzernte dienen, werden von der Gemeinde selbst unterhalten. Bei dieser Variante gelten folgende Bedingungen:

1. Der bei der Jagdgenossenschaft belassene gemeindliche Jagdschilling wird bei der Bezuschussung in Abzug gebracht.
2. Außerdem muss die Maßnahme vor der Ausführung mit der Gemeinde abgestimmt bzw. beantragt werden. Eine gemeindliche Zustimmung zu der Maßnahme ist zwingend notwendig. Liegt diese Zustimmung nicht vor, erfolgt keine Förderung!
3. Die Auszahlung erfolgt erst nach Vorlage der Rechnungen, bzw. Nachweis der entstandenen Kosten.

Dieses Verfahren wäre sehr stark an die bisherige Vorgehensweise angelehnt und wesentlich weniger aufwendig, jedoch wäre die Förderhöhe festgelegt und könnte somit über die Verwaltung geregelt werden, ohne dass der Gemeinderat jeden Förderantrag behandeln muss.

Ratsmitglied Marcus Scholz erscheint zur Sitzung.

Im Gemeinderat wird das Thema kontrovers diskutiert. Während einige Ratsmitglieder dafür plädieren nichts am bisherigen Verfahren zu ändern, schlagen andere eine Vertagung des Punktes vor, um sich eingehendere Gedanken zum Thema machen zu können. Die Mehrheit jedoch begrüßt eine Neuregelung der Wegebauförderung. Es herrscht weitestgehend Einigkeit darüber, dass die streckenbezogene Pauschalförderung die gerechteste Variante wäre. Allerdings sei sie nicht so schnell umsetzbar. Da auch die zweite Alternative gerechter wäre, als die momentane Vorgehensweise wird vorgeschlagen sich übergangsweise auf diese Variante zu einigen und zeitgleich aber die Wegenetzerfassung anzugehen, um die Pauschalförderung mittelfristig einführen zu können. In jedem Falle solle aber der Wegebau selbst in der Hand der Jagdgenossenschaften bleiben, da diese nicht an die Vergabevorschriften gebunden seien und dadurch deutlich günstiger Wegebaumaßnahmen durchführen können.

Beschluss:

Ab sofort gilt für die Förderung von Wegebaumaßnahmen der Jagdgenossenschaften:

- Die Gemeinde beteiligt sich mit 25 % an den Kosten.
- Der bei der Jagdgenossenschaft belassene gemeindliche Jagdschilling wird bei der Bezuschussung in Abzug gebracht.
- Die Maßnahme muss vor der Ausführung mit der Gemeinde abgestimmt bzw. beantragt werden. Eine gemeindliche Zustimmung zu der Maßnahme ist zwingend notwendig. Liegt diese Zustimmung nicht vor, erfolgt keine Förderung!
- Die Auszahlung erfolgt erst nach Vorlage der Rechnungen, bzw. Nachweis der entstandenen Kosten.

Die Verwaltung wird beauftragt gleichzeitig Vorarbeiten für die Einführung einer pauschalen Wegenetzförderung zu leisten, d.h. Aufnahme der Wege bzw. Aktualisierung des Wegebestandsverzeichnisses mit einem gewünschten Abschluss zum Jahresende 2015. Ab 2016 soll dann die Regelung laut Alternative 1 in Kraft treten. Diese sieht folgendes Verfahren vor:

- Die Jagdgenossenschaften sind für die Feldwege und die Gemeinde ist für die Waldwege zuständig.
- Die Aufteilung erfolgt einvernehmlich mit den Jagdvorstehern.
- Die Gemeinde lässt sich den Jagdschilling aus allen Jagdgenossenschaften auszahlen und bildet damit einen zweckgebundenen Fördertopf.
- Die Gemeinde legt in diesen Fördertopf einen zusätzlichen Betrag, den sogenannten Gemeinwohlausgleich, ein.
- Mit diesen Mitteln wird der Wegebau streckenbezogen pauschal gefördert.
- Dazu müssen die Wegstrecken ermittelt werden. Anhand der Wegstrecken erhalten die Jagdgenossenschaften aber auch die Gemeinde Fördermittel aus dem vorhandenen Topf. D.h. Jeder zugeordnete Wegekilometer erhält einen Betrag, der sich aus der Summe des im Fördertopf vorhandenen Geldes und der insgesamt zu pflegenden Wegelängen ergibt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen

mehrheitlich beschlossen

4. Antrag auf Bezuschussung einer Renovierungsmaßnahme an der evangelischen Kirche Heiligkreuz

Die Kirche in Heiligkreuz soll für rund 150.000 Euro renoviert werden. Hierfür wird eine Bezuschussung durch die Gemeinde beantragt.

Es wird festgestellt, dass dem Zuschussantrag nicht zu entnehmen ist wie die Baumaßnahme finanziert werden soll. Daher ist nicht ersichtlich welchen Eigenanteil die Kirchengemeinde Heiligkreuz zu tragen hat und woher und in welcher Höhe anderweitig Fördermittel fließen. Dies solle jedoch zunächst offengelegt werden, bevor über einen eventuellen Zuschuss entschieden wird.

In diesem Zusammenhang wird kritisch hinterfragt inwieweit die Gemeinde sich künftig überhaupt an kirchlichen Baumaßnahmen beteiligen soll, wenn dies nicht aus denkmalpflegerischer Sicht oder aufgrund einer Baulastverpflichtung zu begründen ist. Zumal auch hier große Unterschiede zu erkennen sind, was die Inanspruchnahme von Gemeindegeldern durch die einzelnen Kirchengemeinden betrifft.

Bürgermeister Karle schlägt vor dieses Thema zu gegebener Zeit als eigenen Tagesordnungspunkt zu beraten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt von der Kirchengemeinde Heiligkreuz einen Finanzierungsplan für die geplante Kirchensanierung zu fordern.

Die Entscheidung über eine eventuelle Bezuschussung durch die Gemeinde wird bis dahin vertagt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen

einstimmig beschlossen

5. Anpassung der gemeindlichen Förderrichtlinie für den gleichzeitigen Besuch von Geschwisterkindern in der KiTa und der Schulkinderbetreuung

Die momentane Richtlinie sieht vor, dass Kinder, die das Vorschuljahr besuchen und vom Freistaat mit 100,- € gefördert werden, bei der gemeindlichen Förderung nicht mehr berücksichtigt werden.

Gemeinderatsmitglied Markus Kurz beantragt, dies nochmals zu beraten und ggf. den diesbezüglichen Beschluss des Gemeinderates vom 10.09.2013 zurück zu nehmen.

Die Thematik hat sich durch die Erhöhung des Kinderkartenbeitrags durch den Kindergartenverein deutlich verändert. Vor der Erhöhung war der Kindergartenbeitrag durch die 100,- € des Freistaates nahezu abgedeckt. Durch die Erhöhung ist dies nicht mehr der Fall, so dass eine Änderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 10.09.2014 durchaus gerechtfertigt wäre.

Weiter wurde im Gemeinderatsbeschluss vom 28.06.2007 die Festlegung getroffen, dass das an Lebensjahren jüngste Kind als erstes Kind, das zweitjüngste Kind als zweites Kind usw. zählt. Diese Vorgehensweise erscheint aus aktueller Sicht nicht mehr sinnvoll. Eine Förderung von Geschwisterkindern sollte der Geburtsfolge nach erfolgen. Dies wäre für die Eltern die kostengünstigere Variante, für die Gemeinde würden allerdings höhere Kosten anfallen.

Bürgermeister Karle, der als Vorsitzender des Kindergartenvereins auch die Beitragserhöhung im Kindergarten zu verantworten hat, weist darauf hin, dass der Kindergartenverein mit der Erhöhung seiner Beiträge weit unter Empfehlung der Caritas geblieben sei. Die jetzige Erhöhung sei einer defizitären Entwicklung in den vergangenen Jahren geschuldet, die man zuletzt mit Entnahmen aus der Rücklage abgefangen habe. Angesichts der Notunterbringung der Kinder in Wartmannsroth während der Bauphase und den großen personellen Veränderungen im Kindergarten war eine Beitragserhöhung bisher nicht zumutbar, nun aber unabdinglich.

Der Gemeinderat kann dieser Argumentation folgen und hält sie für vertretbar. Allerdings wird dennoch empfohlen, dass der Kindergartenverein seine Beiträge künftig zeitnah anpasst.

Der Bürgermeister stellt außerdem zur Diskussion die Förderregelung generell zu ändern. Denkbar wäre auch eine Übernahme des Defizits des Kindergartenvereins durch die Gemeinde, ähnlich der Unterstützung der Schulkinderbetreuung. Dadurch könnten die Beiträge niedrig bleiben und es würde alle Eltern entlastet.

Ratsmitglied Markus Kurz hält die neu angedachte Regelung zur Förderung von Geschwisterkindern für sinnvoll und durchdacht. Eine Entlastung von Eltern mit mehr als einem Kind sei begrüßenswert und durch das neue Berechnungsverfahren würden die Eltern in bestimmten Fällen noch weniger zahlen als zuvor. Deshalb könne er sich dieser Regelung vorbehaltlos anschließen.

Auch die anderen Gremienmitglieder halten eine gezielte Förderung von Familien mit mehreren Kindern für sinnvoller als eine pauschale Übernahme des Defizits.

Beschluss: Der Gemeinderatsbeschluss vom 10.09.2013 wird aufgehoben und folgendermaßen neu gefasst:

Bei Kindern, die vom Freistaat Bayern eine Förderung erhalten, werden nur die Beitragsanteile gefördert, die über den staatlichen Förderbetrag hinausgehen. Die Kinder werden in die Berechnung der Zweit-, Dritt-, usw.- Kinder weiterhin mit einbezogen!

Weiterhin wird der Gemeinderatsbeschluss vom 28.06.2007, Satz zwei, dahingehend geändert, dass das an Lebensjahren älteste Kind als erstes Kind, das zweitälteste Kind als zweites Kind und das jüngste Kind als drittes Kind zählt. Weitere Kinder werden wie das dritte Kind behandelt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen

einstimmig beschlossen

3. Antrag der Jagdgenossenschaft Schwärzelbach auf Bezuschussung von Wegebaumaßnahmen

Die Jagdgenossenschaft Schwärzelbach beabsichtigt den Wirtschaftsweg am Reußenhain von einer Wegebaufirma instandsetzen zu lassen.

Die Gesamtkosten werden mit 6.307,00 Euro beziffert.

Gemäß vorhergehender Beschlussfassung ergibt sich die Bezuschussung automatisch.

Beschluss: Die Wegebaumaßnahme der Jagdgenossenschaft wird mit 25 % der nachgewiesenen Baukosten, nach derzeitiger Kostenschätzung 1.576,75 Euro, bezuschusst. Auf den Zuschuss wird der Gemeindeanteil am Jagdschilling der Jagdgenossenschaft Schwärzelbach angerechnet.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

7. Verschiedenes

- Der Bürgermeister teilt mit, dass zu den Kosten für den Erwerb eines neuen Traktors für den Bauhof noch zusätzlich 7.600 Euro für Anbauteile, wie z.B. eine Hebebühne hinzukommen.
- Für den Winter ist wieder das Freischneiden von Wegeprofilen angedacht. Der Bürgermeister bittet die Ratsmitglieder um Meldung von Wegstrecken mit Handlungsbedarf.
- Im Rückblick auf eine entsprechende Nachfrage von Christian Kohlhepp teilt der Bürgermeister mit, dass sich das Pumphaus Schwärzelbach nicht als offizielle Wasser-Notversorgung eignet. Laut Information des Gesundheitsamtes sei die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft zu aufwändig, um die Einrichtung als offizielle Notversorgung zu deklarieren. Außerdem sei dies angesichts der guten Versorgungslage auch nicht notwendig.

Im Gemeinderat vertritt man die Meinung, dass man momentan keinen Bedarf an einer Instandsetzung habe. Allerdings besteht ebenso keine Notwendigkeit für einen Rückbau, so dass zunächst keine weiteren Schritte unternommen werden sollen.

Vorsitzender

Schriftführer

Ende der öffentlichen Sitzung. Die Punkte 8 - 10 werden nicht öffentlich behandelt.